DIE JAHRESBILANZ 2013



ZUSAMMENFASSUNG

2013 WURDEN 71 JOURNALISTEN SOWIE 39 BLOGGER UND BÜRGERJOURNALISTEN BEI IHRER ARBEIT GETÖTET.

STARK ZUGENOMMEN HAT DIE ZAHL DER ENTFÜHRUNGEN: 87 JOURNALISTEN WURDEN 2013 ENTFÜHRT – MEHR ALS DOPPELT SO VIELE WIE IM VORJAHR.

ZU DEN GEFÄHRLICHSTEN LÄNDERN FÜR JOURNALISTEN GEHÖRTEN 2013 NICHT NUR DIE BÜRGERKRIEGSLÄNDER SYRIEN UND SOMALIA SOWIE DAS VON GEWALT ERSCHÜTTERTE PAKISTAN, SONDERN AUCH INDIEN UND DIE PHILIPPINEN.

2013 IN ZAHLEN

- 71 Journalisten getötet
- 826 Journalisten festgenommen
- 2160 Journalisten angegriffen oder bedroht
- 87 Journalisten entführt
- 77 Journalisten aus ihrem Heimatland geflohen
- 6 Medienmitarbeiter getötet
- 39 Blogger und Bürgerjournalisten getötet
- 127 Blogger und Internetaktivisten festgenommen
- 178 Journalisten derzeit im Gefängnis

2013 wurden 71 Journalisten sowie 39 Blogger und Bürgerjournalisten bei ihrer Arbeit getötet. Das sind zwar weniger als 2012 (88 Journalisten, 47 Blogger und Bürgerjournalisten), aber immer noch mehr als in den Jahren davor (2011: 66 Journalisten und 5 Blogger; 2010: 57 Journalisten und ein Blogger).

Stark zugenommen hat die Zahl der Entführungen: 87 Journalisten wurden 2013 entführt – mehr als doppelt so viele wie 2012 (38). Die Fälle, in denen Journalisten angegriffen oder bedroht wurden, stiegen um neun Prozent auf 2160. Weltweit flohen 79 Journalisten vor Gewalt und Verfolgung aus ihren Heimatländern.

Besonders dramatisch ist die Situation nach wie vor in Syrien. Dort bringen Islamisten mit zunehmend systematischen Entführungen immer mehr Journalisten zum Schweigen und vollenden damit, was das Regime Baschar al-Assads bislang nicht geschafft hat. Auch fast alle 2013 getöteten Bürgerjournalisten und Blogger verloren im Kriegsland Syrien ihr Leben. Einfache Bürger dokumentieren dort unter Lebensgefahr die Gewalt und den Alltag und kämpfen so gegen Zensur und Nachrichtensperren der Kriegsparteien an.

Neu in der Liste der gefährlichsten Länder sind Indien und die Philippinen. In Indien ging 2013 eine beispiellose Welle der Gewalt von Mafiagruppen, Demonstranten und Anhänger politischer Parteien aus. Besonders gefährlich ist die Situation für Journalisten in den Regionen Kaschmir und Chhattisgarh. Auf den Philippinen schießen immer öfter Bewaffnete von Motorrädern aus Journalisten auf offener Straße nieder, ohne Strafen fürchten zu müssen.

ANMERKUNG: *Reporter ohne Grenzen* zählt in dieser Statistik lediglich Journalisten, Blogger und Medienmitarbeiter, die in direktem Zusammenhang mit ihrer journalistischen Arbeit getötet, angegriffen oder verfolgt wurden. Fälle, in denen Journalisten aus anderen Gründen, etwa wegen ihres politischen oder sozialen Engagements, verfolgt wurden, sowie Fälle, die wegen fehlender Informationen noch nicht eindeutig geklärt werden konnten, fließen nicht in die Statistik ein.

	2012	2013	Entwicklung
Journalisten getötet	88	71	-20 %
Journalisten festgenommen	879	826	-6 %
Journalisten angegriffen oder bedroht	1993	2160	+9 %
Journalisten entführt	38	87	+129 %
Journalisten aus ihrem Heimatland geflohen	73	77	+5 %
Medienmitarbeiter getötet	7	6	-14 %
Blogger und Bürgerjournalisten getötet	47	39	-17 %
Blogger und Internetaktivisten festgenommen	144	127	-12 %

DIE FÜNF GEFÄHRLICHSTEN LÄNDER FÜR JOURNALISTEN

Ungeachtet der Resolution 1738 des UN-Sicherheitsrates von 2006, die Journalisten und Medienmitarbeiter in bewaffneten Konflikten unter besonderen Schutz stellt, bleibt die oft tödliche Gewalt gegen Journalisten die größte Bedrohung für die Meinungs- und Pressefreiheit weltweit. Syrien, Somalia, Indien, Pakistan und die Philippinen waren in diesem Jahr die gefährlichsten Länder für Journalisten.

SYRIEN: IN DER KLEMME ZWISCHEN REGIME UND ISLAMISTEN

In Syrien wurden 2013 mindestens zehn professionelle Journalisten und 35 Bürgerjournalisten getötet. Mit unverminderter Gewalt geht das Regime von Präsident Baschar al-Assad gegen die Zivilbevölkerung einschließlich der Medienschaffenden vor. Diese geraten zudem immer öfter ins Visier bewaffneter, mit Al-Kaida verbündeter Islamistengruppen, die keine unabhängige Berichterstattung dulden und Journalisten schnell als Spione oder Ungläubige abstempeln.

Das Jahr 2013 markiert in dieser Hinsicht einen Wendepunkt: In den von Rebellen gehaltenen Gebieten im Norden des Landes gibt es inzwischen bestimmte Regionen, in denen vor allem dschihadistische Gruppen für Entführungen und Morde an Berichterstattern verantwortlich sind. Sie töteten sie Ende des Jahres unter anderem den syrischen Journalisten Mohammed Said und den irakischen Kameramann Jasser Faisal al-Dschumaili. In Syrien insgesamt geht die größte Gefahr für Journalisten weiterhin vom Regime und seinen Sicherheitskräften aus.

Für detaillierte Informationen zur Situation in Syrien vgl. den aktuellen ROG-Bericht »Journalismus in Syrien – ein Ding der Unmöglichkeit?« (http://bit.ly/19verlE).

SOMALIA: SCHUTZLOS AL-SCHABAB AUSGELIEFERT

In Somalia wurden 2013 sieben Journalisten getötet. Das sind zwar deutlich weniger als 2012 (18 tote Journalisten). Die islamistische Al-Schabab-Miliz schreckt jedoch nach wie vor nicht vor brutaler Gewalt zurück und greift immer wieder Journalisten und Medienmitarbeiter an. Ihr werden alle sieben tödlichen Anschläge des zu Ende gehenden Jahres zugeschrieben. So wurde im März eine junge Radiojournalistin auf den Straßen der Hauptstadt Mogadischu gezielt mit fünf Schüssen getötet. Ende Oktober erlag ein angesehener investigativer Fernsehjournalist und Kritiker des neuen Mediengesetzes schweren Schussverletzungen, die er vier Tage zuvor bei einem Attentat erlitten hatte. Solche Anschläge verbreiten unter den somalischen Journalisten ein Klima der Angst.

Hinzu kommt das Versagen der Behörden, Journalisten zu schützen: Auch der Regierung sind unabhängige, kritische Medien ein Dorn im Auge. Um sich so wenig wie möglich den Gefahren der alltäglichen Gewalt auf den Straßen auszusetzen, wohnten die Journalisten des unabhängigen Senders Radio Shabelle lange Zeit in ihrer Redaktion – bis das Innenministerium sie im Oktober aus den angemieteten Räumen warf.

INDIEN: EINE WELLE DER GEWALT

In Indien wurden 2013 acht Journalisten und ein Medienmitarbeiter getötet. Dieser traurige Rekord ist das Ergebnis einer nie dagewesenen Welle der Gewalt gegen Journalisten. In einigen Fällen gingen die Taten auf das Konto von Mafiagruppen, Demonstranten und Anhängern politischer Parteien. Doch auch Polizei und Armee sind für Drohungen und Gewalt verantwortlich, die nur selten verfolgt werden und Selbstzensur unter Journalisten begünstigen. Bezeichnend für das beispiellose Ausmaß der Gewalt sind die Morde an Ranjit Chowdhury, Sujit Bhattacharya und Balaram Ghosh, drei Angestellten der Zeitung Danik Ganadoot. Sie wurden am 19. Mai von zwei Männern erstochen, die in die Redaktion der bengalischsprachigen Zeitung im Bundesstaat Tripura im Nordosten Indiens eindrangen. Rakesh Sharma von der Zeitung Danik Aaj wurde am 23. August im Bundesstaat Uttar Pradesh in einen Hinterhalt gelockt und erschossen.

In Kaschmir sowie im Bundesstaat Chhattisgarh, wo sich Maoisten und Polizei einen blutigen Konflikt liefern, nehmen sowohl Sicherheitskräfte als auch Rebellen Journalisten ins Visier. Selbst wenn die Zahl der Toten dort nicht am höchsten ist, zählen diese Bundesstaaten mittlerweile zu den gefährlichsten für Journalisten. Die Bundesbehörden zensieren Medien dort zudem weit strenger als in anderen Teilen des Landes.

PAKISTAN: STRAFLOSIGKEIT UND MACHTMISSBRAUCH

In Pakistan wurden 2013 sieben Journalisten getötet. Von 2009 bis 2011 hatten häufige Bombenanschläge das Land zum gefährlichsten Ort der Welt für Journalisten gemacht. Zwischen 2010 und 2012 starb dort fast jeden Monat ein Berichterstatter. Im zu Ende gehenden Jahr bezahlten sieben Journalisten mit dem Leben dafür, dass sie ihre Mitbürger informieren wollten. Ein Großteil der Gewalt ist auf die Stammesgebiete im Nordwesten Pakistans und auf die Provinz Belutschistan im Südwesten konzentriert. Doch nicht nur diese beiden Regionen sind gekennzeichnet durch solche Angriffe und weit verbreitete Straflosigkeit, was dazu führt, dass die Täter fast nie zur Rechenschaft gezogen werden.

So ist auch Karatschi für Journalisten eine gefährliche Stadt. Am 22. August wurde dort die Leiche eines seit Monaten vermissten Journalisten entdeckt. Am 2. Dezember griffen Bewaffnete auf Motorrädern mit Sprengsätzen und Schüssen das Gebäude der Mediengruppe Express an. Auch Polizeigewalt, Machtmissbrauch örtlicher Behörden und Anti-Terror-Gesetze gefährden die Freiheit der Medien. Pakistan wurde als eines der ersten Länder der Welt ausgewählt, um den »Aktionsplan zur Sicherheit von Journalisten und zur Frage der Straflosigkeit« der Vereinten Nationen (http://bit.ly/1fydytC) umzusetzen.

PHILIPPINEN: MORDE AUF OFFENER STRASSE

Auf den Philippinen wurden 2013 acht Journalisten getötet. Immer wieder schießen dort maskierte Bewaffnete von Motorrädern aus Medienschaffende auf offener Straße nieder, ohne sich um die Anwesenheit von Zeugen zu scheren. Die Methode ist inzwischen so verbreitet, dass die Zeitung Philippine Star in einem Leitartikel schrieb: »Das Motorrad hat sich zum bevorzugten Fluchtfahrzeug für die Mörder von Journalisten, für Extremisten, Bank- und Geldtransporträuber und sogar für Taschendiebe entwickelt. Die meisten dieser Verbrechen geschehen mitten am Tag, wenn der dichte Verkehr es den Gangstern auf Motorrädern ermöglicht, ihren Verfolgern von der Polizei zu entwischen.«

Privatmilizen, Schlägertrupps von Politikern und Auftragsmörder, die sich für ein paar Tausend Dollar anheuern lassen, bedrohen und töten Journalisten, ohne Strafen fürchten zu müssen. In weniger als zehn Prozent der Morde an Journalisten seit Mitte der 1980er Jahre wurden die Täter verurteilt. Selbst wenn – was selten der Fall ist – die Polizei erfolgreich ermittelt, erweist sich die Justiz meist als unwillig oder unfähig, die Schuldigen zur Rechenschaft zu ziehen.

DIE FÜNF GRÖSSTEN GEFÄNGNISSE FÜR JOURNALISTEN

Mindestens 178 Journalisten sitzen momentan wegen ihrer Arbeit im Gefängnis, die meisten von ihnen in China, Eritrea, der Türkei, dem Iran und Syrien.

CHINA: INTERNETAKTIVISTEN UND RECHERCHEURE

In China sitzen derzeit mindestens 30 Journalisten sowie 70 Blogger und Internetaktivisten im Gefängnis. Diese Zahl ist seit Jahren gleichbleibend hoch – und schließt noch nicht einmal die zahlreichen Menschen ein, die in die berüchtigten inoffiziellen Gefängnisse verschleppt wurden. Mit Festnahmen und ihrem harten Durchgreifen gegen Internetaktivisten versuchen die Behörden, den Nachrichten- und Informationsfluss zu kontrollieren und Selbstzensur zu begünstigen. Besonders hat es die Polizei auf Menschenrechtsverteidiger und Reformaktivisten wie Xu Zhiyong und Yang Maodong (auch bekannt unter seinem Pseudonym Guo Feixiong) abgesehen, die aufgrund vorgeschobener Anschuldigungen ohne Gerichtsurteil eingesperrt werden.

Doch auch Journalisten und Blogger, die über die Korruption von Parteifunktionären recherchieren, gehören zu den Opfern der Unterdrückung. So wurde **Liu Hu** von der Tageszeitung Xin Kuai Bao (Moderner Express) Ende August festgenommen und gut einen Monat später der Verleumdung angeklagt, weil er über den Kurznachrichtendienst Weibo Korruptionsvorwürfe gegen einen hochrangigen Beamten der Industrie- und Handelsverwaltung publik gemacht hatte.

ERITREA: DEM VERGESSEN ÜBERLASSEN

In Eritrea sitzen zurzeit mindestens 28 Journalisten ohne jede Aussicht auf Freiheit oder eine Überprüfung ihrer Urteile im Gefängnis. Von den elf Journalisten, die 2001 bei der Abschaffung der freien Presse verhaftet wurden, sind inzwischen sieben an den Folgen ihrer Misshandlungen gestorben oder haben sich das Leben genommen. Die übrigen vier haben auch nach zwölf Jahren noch keinen Richter zu Gesicht bekommen. Die Haftbedingungen sind unmenschlich: Einzelhaft in unterirdischen Zellen, stundenlanger Arrest in Metallkisten in der prallen Sonne, Essens- und Wasserentzug und überfüllte Gefängnisse.

Ausschließlich die Regierung darf ihre Meinung sagen in Eritrea, einer der wenigen verbliebenen totalitären Diktaturen der Welt. Seit acht Jahren nimmt das Land den letzten Platz auf der ROG-Rangliste der Pressefreiheit ein. Private Medien sind dort ebenso verboten wie Oppositionsparteien oder nicht angemeldete religiöse Organisationen. Journalisten, die der »Verletzung der nationalen Sicherheit« oder schlicht der Kritik am Regime verdächtig sind, werden festgenommen und in einem der Straflager des Landes dem Vergessen überlassen.

TÜRKEI: IM ZWEIFEL GEGEN DEN ANGEKLAGTEN

In der Türkei sitzen derzeit mindestens 27 Journalisten und zwei Medienmitarbeiter wegen ihrer Arbeit im Gefängnis. Mehrere zögerliche Reformen der Antiterrorgesetze sowie ein historischer Friedensprozess mit den Kurden haben nichts daran geändert, dass die Türkei eines der Länder mit den meisten inhaftierten Journalisten weltweit ist. Angesichts demokratischer Institutionen und einer lebendigen, vielfältigen Medienlandschaft erscheint dies paradox. Doch die türkische Justiz mit ihren überzogenen Sicherheitsbedenken zeigt wenig Respekt für Informationsfreiheit oder rechtsstaatliche Prinzipien. Mit Hilfe strenger Gesetze brandmarken Gerichte kritische Journalisten schnell als »Terroristen«.

Insgesamt sitzen in der Türkei rund 60 Medienschaffende in Gefängnissen. Bei 29 von ihnen besteht ein direkter Zusammenhang zwischen der Haft und ihrer journalistischen Arbeit. Viele weitere Fälle untersucht ROG weiterhin – was nicht einfach ist, weil oft weder Angehörige noch Anwälte Informationen über die genauen Vorwürfe, geschweige denn Zugang zu den Akten erhalten.

IRAN: WARTEN AUF ROHANIS REFORMEN

Im Iran sitzen derzeit 20 Journalisten sowie 51 Blogger und Internetaktivisten im Gefängnis. Der im Juni gewählte neue Präsident Hassan Rohani hat Reformen versprochen und einige politische Häftlinge freigelassen, darunter auch einzelne Journalisten und Blogger. Doch die meisten Medienschaffenden, die schon vor seiner Wahl in den Gefängnissen der Islamischen Republik saßen, tun dies auch weiterhin – die Mehrzahl von ihnen infolge der umstrittenen Wiederwahl von Rohanis Amtsvorgänger Mahmud Ahmadinedschad 2009.

Allein seit Anfang 2013 wurden im Iran mindestens 76 Journalisten festgenommen, davon 42 seit Juni. 17 weitere wurden zu Freiheitsstrafen zwischen einem und neun Jahren Haft verurteilt. Zwölf Zeitungen und Zeitschriften wurden verboten oder waren gezwungen, unter dem Druck der Behörden ihr Erscheinen einzustellen. Unmenschliche Haftbedingungen für politische Gefangene sind weiterhin tägliche Realität. Vielen Häftlingen wird nach wie vor dringend benötigte ärztliche Behandlung verwehrt.

SYRIEN: VOM REGIME VERHAFTET, VON ISLAMISTEN ENTFÜHRT

In Syrien gelten derzeit mindestens 18 ausländische Journalisten und 22 einheimische Medienschaffende als entführt oder vermisst, mindestens 40 weitere sitzen in den Gefängnissen des Regimes. Obwohl die Sicherheitskräfte von Präsident Baschar al-Assad weniger Journalisten als in der Vergangenheit einsperren, sind es immer noch so viele, dass Syrien zu den fünf größten Gefängnissen der Welt für Medienschaffende gehört. **Mazen Darwish** und zwei seiner Mitarbeiter vom Syrischen Zentrum für Medien und Meinungsfreiheit warten seit ihrer Festnahme bei einer Razzia im Februar 2012 auf eine Anhörung vor einem Richter.

Zugleich ist seit dem vergangenen Frühjahr die Zahl der Entführungen von in- wie ausländischen Journalisten in Teilen des von Rebellen kontrollierten Nordens sprunghaft angestiegen. Besonders viele dieser Taten gehen auf das Konto der dschihadistischen, Al-Kaida-nahen Gruppe Islamischer Staat im Irak und der Levante (ISIS). Seit dem Herbst muss man dort von einer fast systematischen Entführungsserie sprechen.

ENTFÜHRUNGEN, FESTNAHMEN, ÜBERGRIFFE

Die Zahl der Entführungen hat sich in diesem Jahr auf 87 mehr als verdoppelt (2012 waren es 38). Auch hieran hat SYRIEN einen besonders großen Anteil: Allein dort wurden 49 Journalisten verschleppt. Im Laufe des Jahres hat sich insbesondere die dschihadistische Gruppe Islamischer Staat im Irak und der Levante (ISIS) mit zunehmend systematischen Entführungen hervorgetan. Sie kidnappt bevorzugt ausländische Berichterstatter, die sich deshalb immer seltener in die gefährdeten Gebiete im Norden des Landes wagen. Am schutzlosesten sind der Gefahr jedoch syrische Journalisten ausgesetzt. Derzeit gelten in Syrien mindestens 18 ausländische Journalisten und 22 einheimische Medienschaffende als entführt oder vermisst.

14 Journalisten wurden im postrevolutionären LIBYEN entführt; insgesamt entfallen auf den Nahen/Mittleren Osten und Nordafrika 71 der weltweit 87 Fälle. Weitere elf wurden im subsaharischen Afrika gezählt.

Nach wie vor werden Reporter oft auf offener Straße festgenommen, angegriffen oder bedrängt, während sie etwa über Demonstrationen oder Kundgebungen berichten. Insgesamt stieg die Zahl der Angriffe und Drohungen in diesem Jahr um neun Prozent auf 2160. Systematisch ging die Polizei etwa bei den Gezi-Protesten in der TÜRKEI gegen Berichterstatter vor, in geringerem Ausmaß auch bei der jüngsten Protestbewegung in der UKRAINE.

Mehr als 100 Fälle von Schikanen und Gewalt gegen Journalisten – vor allem seitens der Militärpolizei – zählte ROG allein bei den Demonstrationen in BRASILIEN während des »brasilianischen
Frühlings« im Juni. Auch bei Protesten in KOLUMBIEN und MEXIKO gerieten Journalisten
ins Visier der Polizei. Ebenso gehörten sie zu den Opfern der politischen Gewalt in ÄGYPTEN,
konfessioneller Spannungen im Irak und der Gewalt von Milizen in LIBYEN.

In GUINEA fielen Vertreter sowohl der Regierung als auch der Opposition vor der Präsidentenwahl Ende Juni wiederholt mit Drohungen gegen Journalisten auf. Auch in INDIEN, PAKISTAN und BANGLADESCH stieg neben der Mordrate auch die Gesamtzahl der Drohungen und Gewalttaten gegen Journalisten.

GEFLOHENE JOURNALISTEN

Die anhaltende Gewalt erklärt die hohe Zahl von 77 Journalisten, die 2013 ihr Heimatland verlassen mussten. Die meisten Medienschaffenden – mindestens 31 – flohen 2013 aus SYRIEN. Viele von ihnen fanden sich danach mittellos und ungeschützt in der Türkei, Jordanien oder dem Libanon wieder, wo sie sich misstrauischen Sicherheitsbehörden oder Assad-treuen Milizen gegenübersahen. Andere flohen nach ÄGYPTEN, wo sie als vermeintliche Unterstützer der Muslimbruderschaft erneut verfolgt und fremdenfeindlichen Angriffen ausgesetzt waren.

Aus dem IRAN flohen trotz der Wahl des als gemäßigt geltenden Hassan Rohani ins Präsidentenamt zwölf weitere Journalisten ins Ausland, um Verfolgung zu entgehen und in Sicherheit leben zu können. Fünf Journalisten verließen ihre Heimat ERITREA, weil sie sich weder als Propagandisten einspannen lassen noch in den Kerkern des Regimes landen wollten.

Pressekontakt: Ulrike Gruska / Christoph Dreyer 030 – 60 98 95 33 – 55 / presse@reporter-ohne-grenzen.de

